

**Manuela Schwesig, Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern,
auf der DGB-Bezirkskonferenz in Lübeck am 25. November 2017 (gekürzte Abschrift)**

Wir brauchen eine stärkere Tarifbindung und eine Lohnspirale nach oben

„Ich bin heute hier in meinem Amt als, nicht mehr ganz, aber doch neue Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Ich kann mich gut erinnern, dass ich schon mal zu Euch gesprochen habe, als ich noch Sozialministerin war, dann war ich in der Zwischenzeit vor allem als Bundesministerin in Verantwortung für wichtige Bereiche, die auch die Gewerkschaften betreffen, insbesondere den Bereich „Wie kommen wir zu einer familienfreundlichen Arbeitswelt, wie kommen wir zum Thema Lohngerechtigkeit?“. Und da habe ich immer viel Unterstützung bekommen, deshalb freue ich mich, dass ich auch wieder eingeladen worden bin.

Ihr tagt in ja doch in Zeiten, die für Deutschland ungewöhnlich sind, die auch schwierig sind. Dazu werde ich gerne noch etwas sagen. Wir haben gerade turbulente Zeiten. Und deshalb ist ganz wichtig, dass man nicht vergisst, dass es in diesen Zeiten eben auch darauf ankommt, dass wir starke Gewerkschaften haben, Gewerkschaften, die dafür sorgen, dass diejenigen, und die gehen dann oft vor dem Hintergrund der großen medialen Diskussionen oft verloren, dass diejenigen, die jeden Tag arbeiten, die dafür Sorge tragen, dass wir wirtschaftlich in Deutschland gut vorankommen auch hier im Norden, dass wir deren Interessen im Blick haben. Ich habe die Gewerkschaften in den letzten Jahren in meiner Arbeit auf Landesebene, aber vor allem auch in meiner Arbeit auf Bundesebene als sehr verlässliche Partner, als konstruktive, natürlich auch kritische Partner und Partnerinnen kennengelernt.

Wir haben in den letzten Jahren gemeinsam viel erreicht. Ein ganz großes Thema war natürlich vor vier Jahren für uns die Einführung des Mindestlohnes. Und für mich ist nochmal wichtig, deutlich zu machen: Es war gut, dass wir ihn eingeführt haben, um einfach auch das Lohndumping nach unten zu beenden. Und das war für uns gerade hier im Norden ein ganz großes Thema in allen drei Ländern, aber ich sag's auch ganz deutlich, insbesondere für uns ein ganz wichtiges Thema in Mecklenburg-Vorpommern, in ganz Ostdeutschland. Ich freue mich, dass auch Abgeordnete aus Mecklenburg-Vorpommern hier sind, Jochen Schulte, Herr Koplín, denn wir hatten wirklich das Problem, dass bei uns viele, vor allem auch Frauen, weit unter dem gesetzlichen Mindestlohn, den wir heute haben, entlohnt worden sind, und das war schon ein ganz großes Problem. Und für uns war es deshalb auch wichtig, dass, wenn wir sagen, wir brauchen eine Lohnuntergrenze, den gesetzlichen Mindestlohn, der Lohndumping nach unten verhindert, dass der dann auch wirklich in Ost und West gleich ist, und dazu möchte ich auch nochmal insbesondere um Verständnis werben. Ich bin sicher, das habt ihr, aber ich will nochmal einmal die Gemengelage benennen hier in der Bevölkerung bei uns, dass die Leute es einfach nicht mehr verstehen, 27 Jahre nach der deutschen Einheit, dass es für die gleiche Arbeit in Ost und West unterschiedliche Löhne gibt. Das können wir niemandem mehr erklären, und das ist nicht eine Frage nur des Geldbeutels, eine materielle Frage, sondern es ist vor allem eine Frage der Anerkennung der Arbeitsleistung. Ich glaube, darum geht es uns gemeinsam auch.

Wir haben schnell nach der Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes gesagt, das ist unsere Lohnuntergrenze, aber unser Ziel ist nicht, dass die Menschen, die jeden Tag arbeiten, vor allem die, die einen guten Abschluss haben und fachlich für ihren Beruf qualifiziert sind, von dem Mindestlohn leben müssen - sondern uns geht es vor allem darum, gute Tariflöhne darüber zu haben. Der Mindestlohn hat auch eine Lohnspirale nach oben in Gang gesetzt, die reicht noch nicht aus, aber deshalb liegt unser gemeinsamer Fokus, und er muss in der Zukunft auch darauf liegen, eine stärkere Tarifbindung zu bekommen und vor allem dahin zu kommen, dass wir gute Tariflöhne haben, ich sag das auch nochmal, ohne Unterschiede zwischen Ost und West, sondern gute Tariflöhne in Ost und West, auch hier im Norden, das muss unser gemeinsames Ziel sein.

Ich möchte nochmal unterstreichen, warum das mit dem ganz konkreten Lebensalltag der Menschen zu tun hat. Ich müsste das wahrscheinlich hier gar nicht sagen, weil ihr es viel besser wisst als ich. Aber es ist immer wichtig, weil das ist das, was mir oft begegnet in der Politik, in vielen Debatten: dass viele schon längst vergessen haben, mit wie wenig Geld die Leute im Alltag klarkommen müssen. Mich hat letzts eine Frau angeschrieben aus Mecklenburg-Vorpommern, die sich für ihre Kinder stark gemacht hat, mich haben gar nicht die Kinder selber angeschrieben, sie hat nochmal deutlich gemacht, wie das eigentlich ist, mit wie wenig Geld ihre Kinder klarkommen müssen, obwohl sie eine Schulausbildung haben, obwohl sie einen Berufsabschluss haben und 40 Stunden arbeiten. Sie hat berichtet von ihrem Sohn, der Mindestlohn erhält, brutto 1485 Euro, nach Abzügen 1093 Euro. Wir alle wissen, das ist total wenig, wenn man davon eine Familie ernähren will, eine Wohnung bezahlt und dann auch noch Kitagebühren hat.

Und deshalb ist es so wichtig, dass wir in unserem Land dazu kommen, dass die Löhne weiter steigen. Der Mindestlohn war ein großer Meilenstein, aber jetzt muss es darum gehen, die Tarifbindung zu erhöhen und auch zu guten Tariflöhnen zu kommen.

Und selbstverständlich ist es so, dass Politik nicht die Löhne bestimmt. Dafür haben wir die Tarifautonomie in Deutschland, und das soll auch selbstverständlich so bleiben. Aber gerade weil bei uns z. B. in Mecklenburg-Vorpommern, nur 79 Prozent aller Betriebe und weit mehr als die Hälfte der Beschäftigten keinen Tarifvertrag haben, 79 Prozent aller Betriebe und mehr als die Hälfte der Beschäftigten haben keine Tarifbindung, werben wir seit Jahren dafür, dass wir in noch mehr Branchen, in noch mehr Unternehmen Tarifbindung haben, denn ich bin fest davon überzeugt, und das ist unsere Erfahrung: Da wo Tarif gezahlt wird, sind die Löhne meist höher, ist die Lohnangleichung zwischen Ost und West weiter fortgeschritten, ist die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern auch viel geringer.

Und deshalb muss das unser Ziel sein. Wir als Politik können das nicht vorschreiben allein, aber wir können erstens dazu eine Haltung haben, die habe ich als Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, und wir können da, wo wir auch öffentliche Aufträge geben, wo wir Steuergelder ausgeben, auch entsprechende Bedingungen machen. Und wir sind schon in 2012 mit gutem Beispiel voran gegangen, bevor der Mindestlohn eingeführt worden ist - deutschlandweit haben wir Anreize gesetzt, die Vergabe von Landesaufträgen an den Mindestlohn von damals 8,50 Euro zu koppeln. Und im letzten Jahr haben wir bei der Bildung der neuen Landesregierung beschlossen, dass wir in dieser Wahlperiode prüfen wollen, wie wir die Wirtschaftsförderung noch stärker auf die Schaffung sozialversicherungspflichtiger, tarifgebundener Arbeitsplätze ausrichten können, und wir haben uns auch darauf verständigt, dass wir Änderungen des Vergabegesetzes diskutieren wollen.

Und dazu hatte ich schnell zu Gesprächen eingeladen nach meiner Wahl, einmal natürlich mit Euch, aber auch mit den Unternehmerverbänden, weil wir auch verabredet haben, dabei die Sozialpartner mitzunehmen. Natürlich gibt es zwischen den Sozialpartnern bei dem Thema Bindung eines Lohnes bei öffentlicher Vergabe, aber auch Änderung der Wirtschaftsförderung hin zu mehr Tarifbindung, zwischen den Sozialpartnern unterschiedliche Positionen, die sich dann auch in einer Landesregierung aus SPD und CDU widerspiegeln. Das ist so, aber aus meiner Sicht ist es nicht unüberwindbar, und deswegen sind wir in ersten gemeinsamen Gesprächen, ganz, ganz intensiven Gesprächen, innerhalb der Landesregierung, mit den beiden Regierungsfractionen, und an der Stelle freue ich mich, dass eben auch Jochen Schulte heute dabei ist, der in diesen Arbeitsgruppen ganz aktiv für unser gemeinsames Anliegen kämpft, und wir haben uns vorgenommen, dass wir im Dezember im Kabinett einen Vorschlag machen, wie wir im Vergabegesetz, aber eben auch in den Wirtschaftsförderrichtlinien diese stärkere Bindung regeln. Wir sind ja häufig hier in Lübeck, in Schleswig-Holstein, wo es ein solches Gesetz gibt. Ich bedauere es sehr, dass man sich darauf verständigt hat, das dann auslaufen zu lassen.

Wir gehen eigentlich eher in die Richtung, dass wir sagen, wir wollen die öffentlichen Aufträge binden an einen stärkeren Lohn als den Mindestlohn, und wir wollen vor allem die Wirtschaftsförderrichtlinien dahin ausrichten, dass wir weiter Unternehmensansiedlung unterstützen, auch finanziell - wir brauchen mehr Unternehmen im Land, aber vor allem Unternehmen, die gute Arbeitsplätze schaffen, gute Löhne und vor allem Unternehmen, die die Tariflöhne im Blick haben. Wir werden weiter in unserer Landesregierung darüber diskutieren, und ich bin sicher, dass wir im Dezember dazu einen guten Vorschlag unterbreiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ein weiteres wichtiges Ziel ist weiterhin auch für mich die Lohngleichheit für Frauen und Männer! Es ist immer noch ein Unding in Deutschland, dass wir die Lohnlücke von 21 Prozent haben, und was mich wirklich regelmäßig ärgert, ist, dass es immer wieder Kräfte gibt, die nicht versuchen, darüber zu diskutieren, was ist denn der beste Weg, diese Lohnlücke zu schließen, sondern mit uns darüber diskutieren, ob es die denn tatsächlich gibt oder nicht, und ob nicht eigentlich die Frauen daran schuld sind. Ich muss sagen, diese Diskussion muss aufhören, wir müssen Wege finden, wie die Lohnlücke geschlossen wird.

Dafür gibt es viele Instrumente, ich hatte schon öfter Gelegenheit, die auch vorzustellen, und ich will mich an der Stelle ganz herzlich bedanken, auch bei Reiner, weil wir in der letzten Legislatur wirklich Seite an Seite ganz heftig gekämpft haben für das Lohngerechtigkeitsgesetz für das Entgelttransparenzgesetz, ja wir haben jetzt einen individuellen Auskunftsanspruch für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Betriebe ab 200. Wir wissen, damit haben wir einen Großteil der Betriebe noch nicht an Bord, aber es war unser gemeinsames Ziel, den ersten Schritt in diese Richtung zu machen, und wir müssen weiter dafür kämpfen, dass natürlich diese Regelungen für alle gelten. Ich will sehr dafür werben, dass es gut ist, wenn die Branchen, wie z. B. NGG, auch vorangehen und dieses Thema auch für sich auf die Tagesordnung stecken.

Ich will ein drittes Thema ansprechen. Nach meiner festen Überzeugung gehört auch zur Guten Arbeit das Thema Mitbestimmung, Mitbestimmung durch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, in den Betriebsräten zum Beispiel.

Das ist eine Frage der Rechte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, es ist aber auch ein ganz wichtiger Punkt in unserer Demokratie. Wir leben nicht in einer Marktwirtschaft, sondern wir wollen eine soziale Marktwirtschaft. Und das heißt eben auch, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Arbeitgeber auf Augenhöhe miteinander reden über die Zukunft von Unternehmen, über die weiteren Perspektiven und natürlich auch über die Arbeits- und Lohnbedingungen. Um diese Augenhöhe zu haben im Betrieb, brauchen wir Betriebsräte. Und deshalb werbe ich auch immer sehr dafür, auch vor Ort, auch bei uns, dass wir stärker auch Betriebe haben mit Betriebsräten. Ich will nicht verheimlichen, dass mir dann oft begegnet: „Na ja, so leicht ist das nicht, Frau Schwesig, wir sind ja froh, wenn wir überhaupt unseren Job haben.“ Und ich spüre ganz deutlich, das kann ich vor allem für mein Bundesland sagen, dass das, was uns immer noch in den Knochen steckt, und das kann ich gut verstehen, weil ich aus der Generation komme, die erlebt hat, dass ihre Eltern in die Arbeitslosigkeit kommen, dass sie kaum die Chance haben, auf neue Arbeitsplätze, dass junge Menschen keine Ausbildungsplätze bekommen, all das hatten wir nach der Wende. Das ist jetzt nicht mehr so, wir haben viel bessere Chancen auf Arbeit, auf Ausbildung, auch bei uns in Ostdeutschland, aber dennoch haben die Leute es nicht vergessen, dass es auch anders sein kann. Und wir müssen uns, gemeinsam stark machen dafür, auch mit den Arbeitgebern, dass niemand Angst haben muss, einen Betriebsrat zu gründen, sondern dass es wichtig ist für die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, und das auch jedes Unternehmen, jeder Arbeitgeber, jede Arbeitgeberin gut beraten ist, wenn sie diesen Betriebsrat hat, weil man dann die Dinge, und so ist es immer im wirtschaftlichen Leben, dass es ein Auf und Ab gibt, auch zusammen gemeinsam beraten kann.

Wir müssen wegkommen von dieser Angst!

Ich will einen vierten Punkt ansprechen, der mir natürlich nach wie vor ein Herzensanliegen ist, wir müssen zu einer familienfreundlichen Arbeitswelt kommen. Ihr wisst, mein Credo ist immer, nicht die Familien müssen immer arbeitsfreundlicher werden, sondern die Arbeitswelt muss familienfreundlicher werden. Da haben wir einiges in den letzten Jahren erreicht, auch was der Staat geschaffen hat in der öffentlichen Infrastruktur für Kitas, Ganztagschulen. Das muss mehr werden, wir in unserem Land z. B. bauen weiter die Kindertagesstätten aus, schaffen 10.000 neue Ganztagschulplätze, und ich würde mich sehr freuen, wenn es uns gelingt, wirklich auch mit einer, wie auch immer gearteten, Bundesregierung dazuzukommen, dass wir in diesen Bereichen viel stärker vorangehen. Ich sage aber auch ganz klar: Von uns kann nicht verlangt werden, von der Politik, dass wir flächendeckend für Ganztagskitas und Ganztagschulen sorgen, damit die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer immer flexibler werden, diese Balance muss auch zusammenpassen. Deshalb müssen wir darauf achten, dass wir in der Arbeitswelt zu Arbeitszeiten kommen, die eben auch Rücksicht auf Familien nehmen, nicht nur auf Familien mit kleinen Kindern, sondern auch viel stärker auf das Thema Pflege. Und diese Frage der flexiblen Arbeitszeitmodelle darf nicht verwechselt werden mit dem Thema, dass wir das Arbeitszeitgesetz in die Richtung lockern, dass am Ende nicht mehr klar ist, wo eigentlich Zeit für Arbeit und Zeit für Familie ist. Das sind zwei unterschiedliche Dinge, da müssen wir gemeinsam darauf aufpassen.

Wenn Flexibilisierung bedeutet, dass Arbeitszeiten heimlich ausgeweitet werden, dass es keine Pausenzeiten mehr gibt, dass man eigentlich gar nicht mehr weiß, ob man auf Arbeit oder in der Freizeit ist, dann glaube ich, ist das der falsche Weg. Sicherheit und Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen weiter gewährleistet werden.

Letzter Punkt, den ich ansprechen will im Bereich der Guten Arbeit: Wir sind im 21. Jahrhundert und erleben die digitale Revolution, und ich glaube, dass Digitalisierung nicht einfach nur ein nächster technischer Fortschritt ist, wie wir ihn immer erlebt haben, mit dem wir immer umgehen mussten, sondern die Digitalisierung verändert schon unser Leben, aber vor allem die Arbeitswelt. Und nach meiner festen Überzeugung stecken in der Digitalisierung Chancen, auch gerade Chancen für Regionen, wie z. B. hier im Norden, auch bei uns in Mecklenburg-Vorpommern, die nicht so stark industrialisiert sind, deshalb habe ich als neue Ministerpräsidentin sofort einen Digitalisierungsfonds angekündigt, mit dem wir vor allem die kleineren und mittleren Unternehmen unterstützen wollen beim Thema Digitalisierung - dazu gehört auch Fortbildung und Weiterbildung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ich finde aber auch, dass es nicht nur Start-ups geben kann in Berlin oder Hamburg, sondern dass gerade auch unsere Regionen, z. B. die beiden Universitätsstädte Rostock und Greifswald, dafür sehr geeignet sind.

Ich sehe selber viele große Chancen darin. Ich weiß aber, dass sich viele Menschen, vor allem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Gedanken machen: Was heißt das aber auch für die Arbeitswelt, was heißt es, wenn Arbeitsplätze durch weitere Digitalisierung, Automatisierung wegfallen? Was bedeutet es eigentlich, wenn sich in der Digitalisierung der Fortschritt so weit dreht, dass man zumindest das Gefühl hat, dass man nicht hinterher kommt? Was heißt es auch für die Möglichkeiten von Fort- und Weiterbildung und für die Ansprüche, die an mich als Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer gestellt werden? Da gibt es viele Sorgen, und deshalb ist es auch unsere gemeinsame Aufgabe, diese Sorgen aufzugreifen, und gemeinsam dafür zu sorgen, dass Digitalisierung nicht am Ende nur ein Gewinn und Profit ist in der Unternehmensspitze, sondern dass auch die Freiräume, die es durch Digitalisierung gibt, am Ende bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ankommen - und dass dafür Sorge getragen wird, dass es für Arbeitsplätze, die dann vielleicht wegfallen, neue spezialisierte Arbeitsplätze gibt, die auch zugänglich sind für diese Menschen. Das muss unsere gemeinsame Aufgabe sein, um eine gute Chance daraus zu machen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

lasst mich zum Schluss noch einen Punkt ansprechen, der schon immer ein Herzensthema zwischen uns gemeinsam war, den wir auch in den letzten Jahren, insbesondere auf Bundesebene, sehr voran gebracht haben: der gemeinsame Kampf für Demokratie, gegen Extremismus, gegen Rechtsextremismus.

Viele von uns erleben, dass wir in einer Gesellschaft leben, wo der Ton rauer geworden ist, in einer Gesellschaft, wo wir erleben, dass es politische Kräfte gibt, die ihren Politikstil, auch ihr Ziel darauf setzen, dass es um Spaltung geht und nicht um Zusammenhalt. Deshalb ist es mir ein ganz besonderes Anliegen, dass wir weiter, gerade in gemeinsamen Projekten für Demokratie für Vielfalt, gemeinsam daran arbeiten, dass wir sie ausbauen - denn ich bin fest davon überzeugt, dass wir für ein gutes Miteinander

auch in der Arbeitswelt, ein gutes Miteinander in der Gesellschaft brauchen. Und deshalb bedanke ich mich ganz herzlich auch beim DGB, auch bei Euch ganz persönlich, weil Ihr auch immer Eure Köpfe raushaltet, wenn es ungemütlich ist, wenn es unbequem ist und wenn es Gegenwind gibt.

Es ist wichtig für die Bürgerinnen und Bürger, und da stehen wir in der Politik in der Verantwortung, aber auch für Eure Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Zeiten, die turbulent sind, in Zeiten, wo es viele krasse Sprüche gibt, die auf Ausgrenzung setzen, auf Spaltung in unserer Gesellschaft. In diesen Zeiten ist es unheimlich wichtig, dass es Menschen in allen Bereichen gibt, die die Haltung haben, dass bei allen Problemen, die wir im Land haben, die Basis immer ist: Solidarität und Zusammenhalt und nicht Spaltung und Ausgrenzung.

Das ist ein ganz großer Unterschied, und da müssen wir zusammen bleiben!

Vielen Dank für die Einladung. Ihr habt die Einladung frühzeitig ausgesprochen, so dass wir mit diesem Kongress in Zeiten sind, wo sich natürlich auch alle fragen: Wie geht es in der ganzen Bundesrepublik weiter, wie geht es nach dieser Bundestagswahl weiter - das haben wir damals so nicht voneinander gewusst. Ich will an dieser Stelle deshalb abschließend sagen: Wir haben eine schwierige Situation in Deutschland, weil es bisher nicht gelungen ist, eine stabile gute Regierung zu bilden. Und natürlich schauen jetzt alle auf die Sozialdemokratie. Der Bundespräsident hat zu Gesprächen eingeladen, und es ist natürlich ganz selbstverständlich, dass man sich diesen Gesprächen nicht verweigert und an diesen Gesprächen teilnimmt. Viele hier im Raum wissen, dass ich nach der Wahl gesagt habe und es auch nach wie vor kritisch sehe, dass, wenn zwei große Volksparteien regiert haben, gute Dinge vorangebracht haben, vom Mindestlohn, über Elterngeld bis hin zu viel Unterstützung auch im Bildungsbereich, aber wenn diese beiden Volksparteien 15 Prozent verloren haben und eine 90-Mann-starke, die Betonung liegt übrigens auf Mann-starke, AfD in den Deutschen Bundestag eingezogen ist, dass man dann auch nicht sagen kann, es kann alles so bleiben wie es ist. Wir müssen es ernst nehmen, dass wir einen Großteil der Menschen, und dazu gehören auch viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht mehr mitgenommen haben, das kann man nicht einfach vom Tisch wischen, und da kann man auch nicht einfach so sagen, die Lage ist jetzt so, und da machen wir einfach weiter so.

Deshalb ist es in unserer Verantwortung, jetzt gemeinsam auszuloten, welche Wege es gibt in Deutschland. Dazu gehört in allererster Linie, dass man auch mal darüber spricht, was stellt man sich eigentlich inhaltlich vor, und das ist für mich ganz wichtig, dass wir Antworten darauf finden. Dass sich Menschen abgehängt fühlen, dass erlebe ich, dass Menschen kein Vertrauen mehr haben in die Politik, und wenn ich das hier ansprechen darf, nicht nur nicht in die Politik, auch Vertrauen in andere Institutionen verloren gegangen ist, und dazu muss man Antworten haben. Das hat nicht nur mit inhaltlichen Themen zu tun, das ist auch die Frage, welchen Politikstil fährt man, wie schafft man es, Bürgerinnen und Bürger viel besser zu beteiligen, auch bei politischen Entscheidungen.

Und bei Inhalten muss ich sagen: Dann muss auch Schluss damit sein, dass wir nur in einzelnen Projekten voran kommen, Mindestlohn, Lohngerechtigkeit - dann muss man auch mal den Mut haben, in unserem Land für einen großen Wurf. Dazu gehört für mich, dass wir das Kooperationsverbot abschaffen. Dazu gehört für mich, dass wir verdammt nochmal richtig in Bildung investieren, dass mich keine Eltern mehr fragen, warum sind die Schulklos hier eigentlich unsaniert, und andere Dinge funktionieren in un-

serem Land? Dann müssen wir dafür sorgen, dass wir endlich eine richtige Reform im Bereich Gesundheit und Pflege machen. Wir brauchen in diesem Bereich feste Personalstandards, es geht nicht mehr, dass das Personal in diesem Bereich am Limit ist und es vor allem natürlich auch die Patientinnen und Patienten spüren.

Und dann muss es drittens möglich sein, die Arbeitswelt wirklich so zu verändern, dass nicht von dem wirtschaftlichen Aufschwung zwar ein Großteil profitiert, aber auch ein wichtiger Teil der Bevölkerung das Gefühl hat und es auch tatsächlich merkt, dass es an einem vorbei geht. Dann müssen Dinge, die unter den Nägeln brennen, die die persönliche Entwicklung beeinflussen und behindern, wie zum Beispiel sachgrundlose Befristung, auch wirklich mal weg. Und dann müssen wir es schaffen, auch in unserem Land zu Lösungen zu kommen, die wirklich dafür sorgen, dass die Gleichberechtigung von Frauen und Männern nicht nur in der Verfassung steht, sondern Lebensrealität ist. Da gibt es soviel zu tun, auch wenn ich an das Thema Bürgerversicherung denke, aber ich sage auch ganz klar: Politik kann eben in den nächsten Jahren nicht nur kleine Schritte machen, von Schritt zu Schritt zum nächsten Projekt, sondern Politik braucht auch in diesem Land für die nächsten Jahre einen großen Wurf, wo endlich diese Dinge, die wir immer hier besprechen, bei diesen Konferenzen und bei anderen Konferenzen auch, mal aufgelöst werden.

Dazu gibt es mehrere Möglichkeiten in unserem Land. Es gibt auch Möglichkeiten zwischen einer großen Koalition und Neuwahlen, all das muss nun miteinander ausgelotet werden. Deshalb ist es richtig, dass Gespräche beim Bundespräsidenten geführt werden. Das ist die Situation, und ich bin mir ganz sicher, dass die Gewerkschaften dafür auch ihre Position haben und dass die Gewerkschaften auch in diesen Tagen gefragt sind, zu sagen, was ist jetzt wichtig für unser Land. Natürlich geht es um das Land und um die Menschen, aber sie haben uns auch am Wahlabend gesagt, ein Großteil, dass ein „Weiter so“ auch nicht einfach geht. Das ist die schwierige Lage in Deutschland - und die muss beantwortet werden.

Danke für Eure Einladung.“